

Wimmel, Andreas

Working Paper

Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit: Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei

TranState Working Papers, No. 29

Provided in Cooperation with:

University of Bremen, Collaborative Research Center 597: Transformations of the State

Suggested Citation: Wimmel, Andreas (2005) : Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit: Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei, TranState Working Papers, No. 29, Universität Bremen, Collaborative Research Center 597 - Transformations of the State, Bremen

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/28279>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

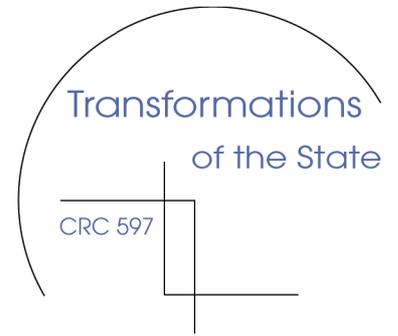
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



TranState Working Papers

TRANSNATIONALE DISKURSE
IN DER EUROPÄISCHEN
MEDIENÖFFENTLICHKEIT:
DIE DEBATTE ZUM
EU-BEITRITT DER TÜRKEI

Andreas Wimmel

No. 29

Universität Bremen • University of Bremen
Hochschule Bremen • University of Applied Sciences
Internationale Universität Bremen (IUB) • International University Bremen (IUB)

Staatlichkeit im Wandel • Transformations of the State
Sonderforschungsbereich 597 • Collaborative Research Center 597

Andreas Wimmel

***Transnationale Diskurse in der europäischen
Medienöffentlichkeit: Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei***

TranState Working Papers

No. 29

Sfb597 „Staatlichkeit im Wandel“ – „Transformations of the State“

Bremen, 2005

[ISSN 1861-1176]

Andreas Wimmel

Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit: Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei

(TranState Working Papers, 29)

Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, 2005

ISSN 1861-1176

Universität Bremen

Sonderforschungsbereich 597 / Collaborative Research Center 597

Staatlichkeit im Wandel / Transformations of the State

Postfach 33 04 40

D - 28334 Bremen

Tel.:+ 49 421 218-8720

Fax:+ 49 421 218-8721

Homepage: <http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de>

Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit: Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei

ZUSAMMENFASSUNG

Im Dezember 2004 hat der Europäische Rat einstimmig beschlossen, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen. Auch wenn erst nach einem erfolgreichen Abschluss über eine endgültige Mitgliedschaft entschieden wird, dürfte nach dieser kaum noch zu revidierenden Zusage an die türkische Regierung einem EU-Beitritt früher oder später nichts mehr im Wege stehen. In diesem Beitrag wird vergleichend analysiert, ob und inwieweit diese Entscheidung von einem transnationalen Diskurs in der europäischen Medienöffentlichkeit begleitet wurde. Als Untersuchungsmaterialien dienen je zwei nationale Qualitätszeitungen aus den drei EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

INHALT

1. EINLEITUNG.....	1
2. VIER MODELLE EUROPÄISCHER MEDIENÖFFENTLICHKEIT	3
2.1 Strukturen europäischer Medienöffentlichkeit.....	4
2.2 Funktionen massenmedialer Öffentlichkeit.....	5
3. TRANSNATIONALE DISKURSE UND INNEREUROPÄISCHE SELBSTVERSTÄNDIGUNG.....	9
4. DIE ÖFFENTLICHE DEBATTE ZU EINEM EVENTUELLEN EU-BEITRITT DER TÜRKEI	13
4.1 Helsinki 1999: Politik hinter verschlossenen Türen.....	16
4.2 Kopenhagen 2002: Die deutsch-französische Rendezvous-Klausel	18
4.3 Brüssel 2004: Grünes Licht für den Beginn von Beitrittsverhandlungen.....	22
5. FAZIT.....	25
LITERATUR	27
BIOGRAPHISCHE ANMERKUNG.....	30

Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit: Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei

1. EINLEITUNG¹

In der politikwissenschaftlichen Europaforschung besteht heute weitreichende Übereinstimmung darüber, dass sich die Europäische Union zu einem supranationalen Herrschaftsverband unter der legislativen Führung des Ministerrates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission entwickelt hat, in dem tatsächlich *regiert* wird, also rechtlich verbindliche Entscheidungen von einer Reichweite getroffen werden, die zuvor allein souveränen Nationalstaaten vorbehalten waren (Jachtenfuchs 2001). Dieser europäische Einigungsprozess hat faktisch dazu geführt, dass eine erhebliche Anzahl politischer Sachentscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, unmittelbare Rechtsgültigkeit in den jeweiligen Mitgliedstaaten erlangen, ohne einem nationalstaatlichen Entscheidungsverfahren zu unterliegen. Ein solch epochaler Wandel von Staatlichkeit hin zu einem vielschichtigen Regierungssystem jenseits des Nationalstaates wird aus demokratietheoretischer Perspektive häufig als problematisch eingeschätzt. Schließlich drohe in dieser „postnationalen Konstellation“ die akute Gefahr, dass hinter der supranational vollzogenen ökonomischen Integration die nationalstaatlich verfassten demokratischen Prozesse hoffnungslos zurückbleiben könnten (Habermas 1998: 135f).

Allerdings wird in der breiten Debatte um ein eventuell bestehendes „Legitimations- und Demokratiedefizit“ der Europäischen Union häufig übersehen, dass die Bürger der EU-Mitgliedstaaten schon seit einiger Zeit über institutionalisierte Einflusskanäle verfügen, die ihnen auch bei europapolitischen Fragen regelmäßig wiederkehrende Partizipationschancen ermöglichen (vgl. Hix 2003: 154f.). Mit dem Instrument der nationalen Wahlen können sie diejenige Partei unterstützen, die ihren europapolitischen Leitbildern am nächsten kommt und ihre Interessen, sofern sie anschließend an der Regierung beteiligt ist, im Rat der Europäischen Union vertritt. Durch eine Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament ist es den Bürgern möglich, gezielt nationale Repräsentan-

¹ Dieses Paper ist innerhalb des Projekts „Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für politische Ordnungen am Beispiel der EU“ im Rahmen des DFG-finanzierten Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel“ an der Universität Bremen entstanden. Der Autor dankt den beiden Projektleitern Bernhard Peters und Hartmut Weßler sowie den ständigen Projektmitarbeiter/innen Michael Brüggemann, Katharina Kleinen-v. Königlöw und Stefanie Siffert für intensive Diskussionen, deren Erträge teilweise in diesen Aufsatz eingeflossen sind. Für tatkräftige Unterstützung bei der Recherche und Kategorisierung der französischen Zeitungsartikel danke ich Emese Bukta. In einer leicht gekürzten Fassung ist dieser Beitrag aktuell in der *Politischen Vierteljahresschrift* (vgl. Wimmel 2005) erschienen.

ten nach Straßburg zu entsenden, die in vielen Politikfeldern bereits gleichberechtigt mit dem Rat die legislative Gewalt bilden (vgl. Maurer 2003: 231). Darüber hinaus werden in einigen Mitgliedsländern wie beispielsweise Irland, Dänemark oder Frankreich häufig Referenden durchgeführt, wenn wegweisende Verfassungs- bzw. Vertragsänderungen auf der europäischen Ebene beschlossen werden sollen, so dass hier die Bürger sogar direkt demokratisch mitbestimmen können (vgl. Hug 2002: 23f.). Ebenso wie auf nationaler Ebene können alle Wahlberechtigten innerhalb der Europäischen Union auch im Rahmen der Europapolitik repräsentative und teilweise sogar plebiszitäre Beteiligungsoptionen wahrnehmen, die sich von der Realität nationaler demokratischer Systeme de facto kaum unterscheiden (vgl. Moravcsik 2002: 611f.). Schließlich ist der Gang zur Wahlurne die einzige Form politischer Partizipation, die von breiteren Bevölkerungsschichten vergleichsweise zahlreich genutzt wird.

Um ihre Partizipationschancen jedoch verantwortungsvoll wahrnehmen zu können, benötigen die Bürger – genauso wie bei innenpolitischen Angelegenheiten – ausreichende Informationen, in diesem Fall über europapolitische Themen und Programme, denn wie sonst sollte es ihnen möglich sein, gut informierte Wahlentscheidungen zu treffen. In nahezu allen normativen Demokratietheorien wird davon ausgegangen, dass demokratische Prozesse in modernen Gesellschaften nur dann funktionieren werden, wenn sich die Bürger über verschiedene politische Alternativen und deren Konsequenzen effektiv informieren können (vgl. nur Dahl 2000: 37). Nun liegt die wichtige Aufgabe europapolitischer Informationsübermittlung nicht allein bei den europäischen Institutionen wie beispielsweise der Europäischen Kommission, sondern vor allem bei den öffentlich-rechtlichen und privaten Massenmedien, denen die entscheidende Funktion zukommt, zwischen den politischen Machtzentren, in denen kollektiv bindende Entscheidungen getroffen werden, und den Bürgern, die diesen Regeln anschließend unterworfen sind, zu vermitteln (vgl. Beierwaltes 2000: 56f.). Schließlich zeigen die jüngsten Eurobarometerdaten eindeutig, dass die europäischen Bürger in erster Linie die Massenmedien nutzen, um sich über die Europäische Union zu informieren: Immerhin 66% der Befragten gaben an, dass sie sich über das Fernsehen informieren, 46% nutzen die Tageszeitung als Informationsquelle, während 31% auf das Radio zurückgreifen; demgegenüber gaben nur 21% der Befragten an, dass sie sich bei Gesprächen mit Verwandten, Freunden und Kollegen über die EU informieren würden, während Bücher, Broschüren und Informationsblätter nur noch 9% der Bürger erreichen und sich lediglich 3% auf Treffen und Veranstaltungen informieren (vgl. Eurobarometer 2004: 24). Unter diesen Voraussetzungen wird die Existenz einer „Europäischen Medienöffentlichkeit“, in der europapolitische Themen kommuniziert und kommentiert werden, zu einer notwendigen Bedingung für demokratisches Regieren jenseits nationalstaatlicher Grenzen in Europa (vgl. Zürn 2000). Ohne ein gewisses Maß an öffentlicher Kommunikation

über die Europäische Union lassen sich demokratische Prozesse innerhalb der Europäischen Union nicht bewerkstelligen.

Ob die Europäische Union gemäß der gängigen These tatsächlich unter einem *Öffentlichkeitsdefizit* leidet, ob also die Europäisierung öffentlicher Kommunikation der kontinuierlichen Europäisierung politischer Entscheidungskompetenzen nicht ausreichend nachgekommen ist (vgl. zuerst Gerhards 1993), hängt maßgeblich von den qualitativen und quantitativen Standards ab, die an eine „Europäische Medienöffentlichkeit“ angelegt werden. In diesem Beitrag werden zunächst vier Modelle europäischer Medienöffentlichkeit unterschieden, die sich aus dem aktuellen Forschungsstand ableiten lassen. Danach konzentriert sich der Beitrag auf das „Diskursive Öffentlichkeitsmodell“, das konzeptionell an die europäische Ebene angepasst wird. Dabei zeigt sich, dass nur dann sinnvoll von einem transnationalen Diskurs gesprochen werden kann, wenn tatsächlich ein grenzüberschreitender Meinungs Austausch zwischen Sprechern aus verschiedenen Mitgliedstaaten zu beobachten ist. Schließlich wird am Fall der öffentlichen Debatte zu einem eventuellen EU-Beitritt der Türkei dargestellt, ob und inwieweit wir hier auf einen transnationalen Diskurs verweisen können, der zudem einen innereuropäischen Selbstverständigungsprozess konstituiert. Im Fazit werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

2. VIER MODELLE EUROPÄISCHER MEDIENÖFFENTLICHKEIT

Nachdem das Thema „Europäische Medienöffentlichkeit“ in der politik- und sozialwissenschaftlichen Forschung lange Zeit nur wenig Aufmerksamkeit gefunden hatte, änderte sich dies mit der zunehmenden politischen Bedeutung der Europäischen Union in den letzten Jahren schlagartig (vgl. Meyer 2004: 135). Im Mittelpunkt der einsetzenden Debatte stand zunächst die Frage, an welchen Merkmalen sich eine europäische Medienöffentlichkeit eigentlich erkennen lässt und welche Funktionen sie erfüllen sollte. Breite Übereinstimmung konnte lediglich bei der thematischen Eingrenzung erreicht werden: So wird heute fast übereinstimmend davon ausgegangen, dass nur dann sinnvoll von einer „Europäischen Medienöffentlichkeit“ gesprochen werden könne, wenn europapolitische Themen in allgemein und frei zugänglichen Foren, also insbesondere den Massenmedien, kommuniziert werden. In welchen strukturellen Formen diese europapolitischen Themen jedoch genau kommuniziert werden müssten, um die mit der Idee europäischer Öffentlichkeit verbundenen Erwartungen hinreichend erfüllen zu können, war und ist umstritten. Anknüpfend an eine Typologie von Jürgen Gerhards können zunächst zwei Strukturformen einer „Europäischen Medienöffentlichkeit“ ausdifferenziert werden, die von jeweils unterschiedlich organisierten Mediensystemen ausgehen.

2.1 Strukturen europäischer Medienöffentlichkeit

Das erste Modell begreift „Europäische Medienöffentlichkeit“ als eine länderübergreifende Öffentlichkeit innerhalb eines einheitlichen europäischen Mediensystems: „Ebenso wie in den einzelnen Nationalstaaten die Mediensysteme über die Regionen und Länder hinweg die Territorialstaaten integrieren, ähnlich würde ein europäisches Mediensystem über die Nationalstaaten hinweg die Mitgliedstaaten Europas integrieren“ (Gerhards 2000: 288). Theoretisch orientiert sich dieses Modell an den etablierten Strukturen nationaler Massenmedien, die direkt auf die europäische Ebene übertragen werden, praktisch setzt es europaweit verfügbare Medienprodukte wie Zeitungen, Magazine und Fernsehprogramme voraus, die in allen Mitgliedstaaten angeboten werden, überall die gleichen Inhalte haben, zudem über europapolitische Themen berichten und somit einen nationenübergreifenden Kommunikationszusammenhang herstellen. National strukturierte Medien hingegen richteten „sich an ein nationales Publikum“ und blieben „nationalen Sichtweisen und Kommunikationsgewohnheiten verhaftet“, weswegen sie „kein europäisches Publikum erzeugen und keinen europäischen Diskurs begründen“ könnten, selbst wenn sie über europapolitische Themen berichteten (Grimm 1995: 588). Auch Philip Schlesinger und Deirdre Kevin gehen gemäß ihrem Öffentlichkeitsverständnis davon aus, dass allein durch die Konstitution eines einheitlichen länderübergreifenden Öffentlichkeitsraums, der nur innerhalb supranationaler Medienarenen entstehen könne, legitimes Regieren in der Europäischen Union zu gewährleisten sei (vgl. Schlesinger/Kevin 2000: 209).

Das zweite Modell einer „Europäisierung der nationalen Medienöffentlichkeiten“ versucht nun, einige grundlegende Prämissen des ersten Modells zu hinterfragen bzw. zu argumentieren, dass auch die etablierten, national organisierten Massenmedien als ein nahezu gleichwertiges Äquivalent einer länderübergreifenden europäischen Medienöffentlichkeit dienen *könnten*. Schließlich würde niemand behaupten wollen, es liege ein nationales Öffentlichkeitsdefizit vor, nur weil die Bürger viele verschiedene Informationsmedien nutzen und nicht alle die gleiche überregionale Tageszeitung lesen. Im Gegenteil, gerade eine pluralistische, vielfältige Medienkultur ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal demokratischer Öffentlichkeit, das auch im Zeitalter europäischer Integration erhalten bleiben sollte. So fordert dieses Modell lediglich „die Thematisierung europäischer Themen und Akteure in den nationalen Öffentlichkeiten“ (Gerhards 2000: 293), ohne dass gleich ein völlig neues Mediensystem jenseits des Nationalstaates entstehen müsse. Demnach könne bereits von einer *europäisierten* Öffentlichkeit gesprochen werden, wenn in den jeweils national organisierten Medienproduktionen, seien es die Printmedien oder das Fernsehen, regelmäßig und ausführlich über alle relevanten europapolitischen Themen berichtet und diskutiert werden würde (vgl. Kantner 2003: 218f.). Eine absolute Deckungsgleichheit medialer Inhalte in den verschiedenen Mit-

gliedstaaten wäre dann allerdings nicht realisierbar, weil die einzelnen Medien als eigenverantwortlich handelnde Einheiten bestehen blieben.

Ob und unter welchen Voraussetzungen das zweite Modell tatsächlich als ein gleichwertiges Äquivalent des idealtypischen ersten Modells dienen kann, wird in der Regel von den gesellschaftlichen Funktionen abhängig gemacht, die einer „Europäischen Medienöffentlichkeit“ zugeschrieben werden. Die grundsätzliche Frage lautet dann, ob die modernen Massenmedien bestenfalls die formale Funktion haben können, neutral über politische Programme, Positionen und Entscheidungen zu informieren, oder ob sie darüber hinaus einen geeigneten Raum für diskursive Meinungs- und Willensbildungsprozesse darstellen, der unter günstigen Bedingungen dazu beiträgt, die Qualität politischer Entscheidungen zu steigern. Die nun folgende zweite Unterscheidung, die ebenfalls teilweise auf die einschlägigen Arbeiten von Jürgen Gerhards zurückgeführt werden muss (vgl. zuletzt Gerhards 2002), differenziert zwischen zwei verschiedenen Leistungen, die massenmediale Öffentlichkeiten für moderne Gesellschaften möglicherweise erbringen könnten.

2.2 Funktionen massenmedialer Öffentlichkeit

Das „systemtheoretische Öffentlichkeitsmodell“ findet seinen Ursprung vor allem in den Texten von Niklas Luhmann zum massenmedialen Teilsystem der Gesellschaft (vgl. dazu Marcinkowski 2002). Die zentrale Funktion der Massenmedien, die der Öffentlichkeit eine *Form* geben, konzentriert sich bei Luhmann auf die Beobachtung und Reflektion sozialer Teilsysteme wie der Politik, der Wirtschaft oder der Wissenschaft, die nun wiederum von den Bürgern medial vermittelt beobachtet werden können. Somit ermöglichen die Massenmedien zumindest die Selbstbeobachtung der Gesellschaft durch die Gesellschaft, indem sie bestimmte Realitätsvorstellungen bereitstellen, die nun fortlaufend reproduziert werden (vgl. Luhmann 1992: 84; siehe auch Hellmann 1997). Trotzdem könnten auch die Medien die Operationen der anderen gesellschaftlichen Teilsysteme lediglich deuten und interpretieren, ohne sich den Vorwurf gefallen lassen zu müssen, die Wirklichkeit eventuell falsch oder verzerrt darzustellen, denn „das würde ja eine vorhandene, objektiv zugängliche, konstruktionsfrei erkennbare Realität voraussetzen“ (Luhmann 1996: 20), die es nach Luhmann nicht gibt. Wenn es den verschiedenen Medien unter diesen komplexen Bedingungen gelingen würde, zur gleichen Zeit ähnliche Themen übereinstimmend als relevant und informativ zu deuten, wäre dies bereits eine erstaunliche Leistung. Dass allerdings gemeinsame Ebenen der Verständigung erreicht werden, die positiv zur Integration der Gesellschaft insgesamt beitragen können, ist nach Luhmann äußerst unwahrscheinlich. Und erst recht sei „nicht zu erwarten, daß im Destillationsprozeß der öffentlichen Kommunikation Vernunft als Kondensat übrig bleibt“ (Luhmann 1999: 30), so dass jedes zeitgemäße Öffentlichkeitsverständnis von allen alteuropäischen Hoffnungen auf Rationalitätssteigerung durch öffent-

liches Debattieren befreit werden müsse. Öffentlichen Diskursen, die in den Massenmedien zu beobachten sind, wird vor diesem Hintergrund bestenfalls eine symbolische Funktion zugeschrieben, aus der sich kein normatives Postulat ableiten lässt.

Das „diskursive Öffentlichkeitsmodell“, das außerordentlich stark durch zahlreiche Arbeiten von Jürgen Habermas geprägt ist (vgl. dazu Heming 1997), kritisiert einige konzeptionelle Prämissen des systemtheoretischen Spiegelmodells und traut argumentativ geführten Diskursen in der massenmedialen Öffentlichkeit sehr wohl zu, einen positiven Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Integration leisten zu können, weil in diesen Medienarenen eine „rationale Meinungs- und Willensbildung über gesamtgesellschaftlich relevante und regelungsbedürftige Materien stattfinden“ könne (Habermas 1992: 362). Habermas beschreibt Öffentlichkeit kurz und knapp „als ein Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von *Meinungen*“, und vermutet, dass sich „die Kommunikationsflüsse so filtern und synthetisieren, dass sie sich zu themenspezifisch gebündelten *öffentlichen* Meinungen verdichten“ (Habermas 1992: 436). Die zentrale Funktion diskursiver Öffentlichkeitsräume begründet sich also in der Annahme, dass während öffentlicher Auseinandersetzungen aufklärende Lernprozesse ablaufen, die letztendlich zu rationaleren oder vernünftigeren Ergebnissen führen, weil schlecht begründete Positionen nicht mehr als geeignete politische Handlungsoptionen wahrgenommen werden und aus dem öffentlichen Diskurs ausscheiden. Sollte dieser geradezu reinigende Effekt durch öffentliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse tatsächlich stattfinden und von den politischen Akteuren aufmerksam berücksichtigt werden, ließe sich nun mit guten Gründen einfordern, dass massenmediale Öffentlichkeiten nicht nur als neutrale Informationsquellen, sondern als gesamtgesellschaftliche Diskussionsforen zur Regelung der öffentlichen Angelegenheiten verstanden werden sollten. Ob, inwieweit und unter welchen Bedingungen massenmediale Öffentlichkeiten in modernen Gesellschaften jedoch diese hochgesteckten Leistungsanforderungen faktisch einlösen können, ist massiv umstritten und wird nicht selten stark angezweifelt (vgl. Gerhards et al 1998; Weßler 1999; Peters 2002).

Der Unterschied zwischen den beiden Öffentlichkeitsmodellen ist also nicht in erster Linie normativ, sondern empirisch angelegt: Weil Niklas Luhmann die Massenmedien aufbauend auf seine allgemeine Theorie sozialer Systeme als ein gesellschaftliches Teilsystem unter vielen anderen deutet, das dem binären Kommunikationscode Information versus Nicht-Information unterliege und im Sinne dieser Differenzierung organisiert sei (vgl. Luhmann 1996: 36f.), könne dem massenmedialen System eben bestenfalls die reduzierte Funktion zukommen, die anderen Teilsysteme wie beispielsweise die Politik zu beobachten und über sie zu informieren. Da unter diesen Bedingungen keine rationalisierenden Effekte durch öffentliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse zu erwarten seien, bestünden nach Luhmann auch keine guten Gründe, warum man massenme-

dial geführten Diskursen einen hohen normativen Wert beimessen sollte. Demgegenüber geht Jürgen Habermas anknüpfend an seine Theorie des kommunikativen Handelns davon aus, dass medial geführte Debatten sehr wohl den öffentlichen Argumentationshaushalt rationalisieren könnten, weil er annimmt, dass kollektive Lern- und Selbstverständigungsprozesse einsetzen würden, die sich darüber hinaus positiv auf die Qualität politischer Entscheidungen auswirkten (vgl. Habermas 1992: 383f.). Erst aufgrund dieser voraussetzungsvollen Annahmen kann Habermas nun normativ behaupten, dass öffentliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse tatsächlich wünschenswert wären, um eben diese Leistungen erbringen oder zumindest in Aussicht stellen zu können.

Abbildung 1: *Strukturen und Funktionen europäischer Medienöffentlichkeit*

Funktionen Strukturen	<i>Systemtheoretisches Öffentlichkeitsmodell</i>	<i>Diskursives Öffentlichkeitsmodell</i>
<i>Einheitliche Europäische Medienöffentlichkeit</i>	1	2
<i>Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeit</i>	3	4

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 1 fasst die strukturellen und funktionalen Unterscheidungen in einer Matrix zusammen. In der linken Spalte finden sich die beiden möglichen Strukturformen einer „Europäischen Medienöffentlichkeit“, nämlich die oben beschriebenen Modelle einer „Einheitlichen Europäischen Medienöffentlichkeit“ sowie einer „Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten“. In der oberen Zeile sind die beiden möglichen gesellschaftlichen Funktionen des „systemtheoretischen“ und des „diskursiven“ Öffentlichkeitsmodells unterschieden. Aus dieser Systematik ergeben sich nun vier Felder, aus denen sich jeweils ein anderes Verständnis europäischer Medienöffentlichkeit ableiten lässt.

Das erste Modell würde voraussetzen, dass in einheitlichen und europaweit verfügbaren Medienprodukten über europapolitische Themen, Programme und Positionen informiert wird, ohne dass diskursive Meinungs- und Willensbildungsprozesse in diesen medialen Foren selbst stattfinden müssten. Notwendig wären also beispielsweise europäische Zeitungen, deren Redaktionen die Abläufe innerhalb der EU-Institutionen kontinuierlich beobachteten und möglichst vollständig abbildeten, um europäische Politik transparent und kontrollierbar zu halten. Sofern diese Medienprodukte nun in allen Mitgliedstaaten erhältlich wären und von den europäischen Bürgern bereitwillig angenommen werden würden, verfügte die breite Öffentlichkeit in allen Teilen der Europäischen Union tatsächlich über eine einheitliche Informationsbasis, die es ihr ermöglichen würde, gut informierte Wahlentscheidungen zu treffen. Das zweite Modell würde zusätzlich

einfordern, dass in diesen europäischen Zeitungen argumentativ geführte Diskurse zu beobachten wären, an denen sich diverse zivilgesellschaftliche Akteure aus verschiedenen Mitgliedsländern beteiligten und damit zur Entstehung eines kollektiven Meinungs- und Willensbildungsprozesses über die Zukunft des europäischen Integrationsprojektes beitragen würden. Sofern nur eine solche „Einheitliche Europäische Medienöffentlichkeit“ als normativ angemessen akzeptiert werden würde, fiel die empirische Defizitdiagnose schnell und eindeutig aus: Nach wie vor gibt es keine europaweit verfügbaren Medienprodukte, die europapolitische Themen in ihren Fokus rücken und gleichzeitig über kleine Eliten- und Expertenzirkel hinausgehend von der breiten Bevölkerung angenommen werden (vgl. Siebenhaar 1994; Kleinsteuber 1995; Hasebrink 2000).

Das dritte Modell setzt voraus, dass in mehreren nationalen Medienöffentlichkeiten zur gleichen Zeit mit einer zufriedenstellenden Intensität über europapolitische Themen, Programme und Positionen informiert würde. Das Kernproblem dieses Modells ist die sinnvolle Festlegung auf einen quantitativen Maßstab an europapolitischer Berichterstattung, der normativ ausreicht, um von *europäisierten* Medienöffentlichkeiten sprechen zu können. Jedes Massenmedium verfügt nur über einen begrenzten Seitenumfang bzw. eine meist knapp bemessene Sendezeit, nationale Politiken behalten natürlich auch im Zeitalter europäischer Integration ihren hohen Informationswert, und die Relevanz europapolitischer Entscheidungen für die Lebenswelten der Bürger ist sehr stark vom jeweiligen Politikfeld abhängig, so dass eine allzu detaillierte Berichterstattung über jede fachspezifische EU-Verordnung nicht immer als zwingend notwendig erscheint. Nicht zuletzt wegen dieser Gründe fällt es schwer, einen einheitlichen Standard festzulegen, ab wann von einer hinreichend europäisierten Öffentlichkeit ausgegangen werden kann und bis wann ein Defizit zu beklagen ist. Deswegen gilt: Ob das sprichwörtliche Glas halb voll oder doch halb leer ist, kann nur vergleichend bestimmt werden. So lassen sich beispielsweise die Europäisierungsgrade in verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten, in verschiedenen massenmedialen Foren oder zu verschiedenen Zeitpunkten empirisch analysieren. Inwieweit in oder zwischen diesen nationalen Öffentlichkeitsarenen diskursive Meinungs- und Willensbildungsprozesse zu europapolitischen Angelegenheiten stattfinden, ist für die Performanz des dritten Modells nicht entscheidend. Zu diesem Modell liegen bereits empirisch fundierte Studien vor, die einige Schlussfolgerungen zu diversen Europäisierungsdimensionen zulassen (siehe Meyer 2002; Peter et al 2004; Trenz 2004).

An welchen Merkmalen sich das vierte Modell einer europäischen Medienöffentlichkeit erkennen lässt und inwieweit es empirisch der medialen Wirklichkeit entspricht, hat in der einschlägigen Literatur bislang deutlich weniger Beachtung gefunden und ist nach wie vor weitgehend offen. Im folgenden Abschnitt wird argumentiert, dass sich eine „Europäische Diskursöffentlichkeit“ in nationalen Massenmedien mindestens

durch zwei notwendige Strukturmerkmale auszeichnen muss: Erstens lässt sich nur dann sinnvoll von einem *europäischen Diskurs* sprechen, wenn ein grenzüberschreitender Meinungs Austausch zwischen den massenmedialen Öffentlichkeiten der Mitgliedsstaaten zu beobachten ist. Zweitens muss dieser grenzüberschreitende Meinungs Austausch in einen kollektiven Selbstverständigungsdiskurs münden, indem sich die Europäer untereinander mit dem Problem auseinandersetzen, welchen Weg das europäische Integrationsprojekt zukünftig einschlagen soll. Die drei anderen Modelle dienen in den folgenden Abschnitten demgegenüber nur noch als theoretische Kontrastfolien, ohne selbst zum Gegenstand der begrifflichen oder empirischen Analyse zu werden.

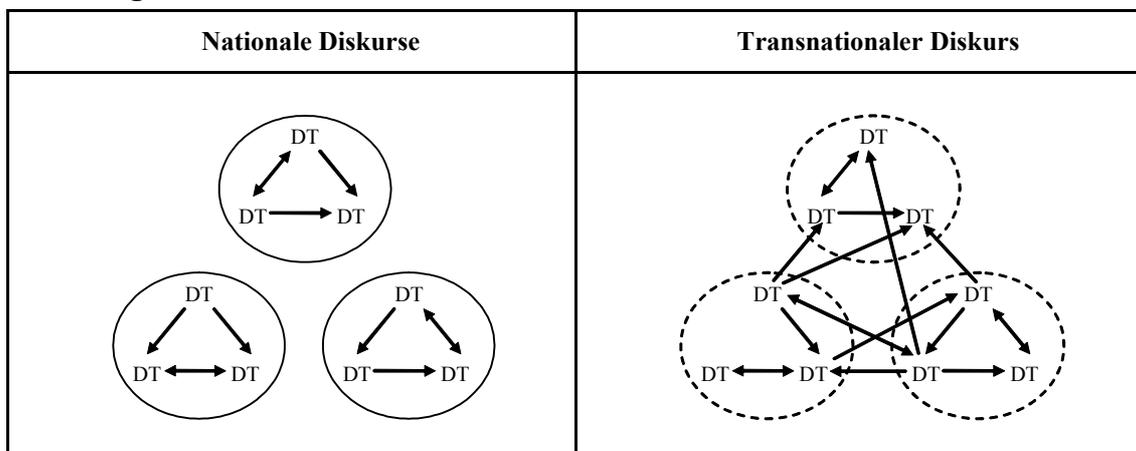
3. TRANSNATIONALE DISKURSE UND INNEREUROPÄISCHE SELBSTVERSTÄNDIGUNG

Auf den ersten Blick könnte man annehmen, dass sich das vierte Modell einer „Europäischen Medienöffentlichkeit“ bereits dann realisiert habe, wenn in mehreren nationalen Medien zeitgleich über dieselben europapolitischen Themen öffentlich debattiert würde. So sprechen Klaus Eder und Cathleen Kantner von „diskursiven Interaktionen in der europäischen Öffentlichkeit“, wenn in den „nationalen Medien zur gleichen Zeit die gleichen Themen unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten diskutiert“ werden. Demnach sei „die *thematische Verschränkung* zwischen den verschiedenen medialen Arenen [...] der beste Indikator für *Interdiskursivität*“ und damit „ein Kriterium für das Bestehen politischer Kommunikation“ in Europa (Eder/Kantner 2002: 84, Hervorh. dort). Christiane Eilders und Katrin Voltmer gehen davon aus, dass „sich zumindest Ansätze eines europäischen Diskurses feststellen“ ließen, wenn in den Kommentierungen meinungsführender Tageszeitungen „europäische Themen und europäische Akteure“ in den Mittelpunkt gestellt würden. Ein ausreichender Beitrag der Printmedien zur Entwicklung einer europäischen Diskursöffentlichkeit bestünde „folglich in einer Inklusion europäischer Themen und Akteure“ in die meinungsorientierten Darstellungsformen überregional verbreiteter Tageszeitungen (Eilders/Voltmer 2003: 251). Marianne van de Steeg vertritt die Ansicht, dass ein sinnvoller Begriff von „diskursiven Interaktionen“ in der europäischen Öffentlichkeit „durch den Nachweis tatsächlicher Austauschbeziehungen zwischen den Diskursarenen abgesichert werden“ müsse. Diese diskursiven Interaktionen seien dann zu beobachten, wenn ein Gastautor aus einem anderen Land in den nationalen Medien publizierte, Beiträge aus den Zeitungen anderer Länder als Nachdruck erschienen und ausländische Akteure in den Artikeln erwähnt oder zitiert würden (van de Steeg 2003: 181).

In all diesen Begriffsbestimmungen wird übersehen, dass das wesentliche Merkmal einer europäischen Diskursöffentlichkeit ihre transnationale Reichweite sein muss (vgl. Peters 1999; siehe ähnlich auch Peters et al 2005: 150). Die Rede von einem *europäischen* Diskurs setzt bereits ein gewisses Maß an *Transnationalität* zwingend voraus.

Rein analytisch bestehen in der horizontalen Dimension nur zwei Möglichkeiten, wie in Europa diskutiert werden kann: Wenn mehrere Akteure aus dem gleichen Land über ein europapolitisches Thema diskutieren, sprechen wir von einem nationalen Diskurs, schließlich bewegt sich die diskursive Kommunikation vollständig im nationalen Raum; wenn hingegen mehrere Akteure aus verschiedenen Ländern gemeinsam über ein europapolitisches Thema diskutieren, sprechen wir von einem transnationalen Diskurs, schließlich passiert die diskursive Kommunikation nationale Grenzen. Eine *transnationale Diskursgemeinschaft* würde also schon terminologisch voraussetzen, dass derjenige Diskursteilnehmer, der in seiner Meinungsäußerung auf einen anderen Sprecher Bezug nimmt, einem anderen Land zugeordnet werden kann und somit ein grenzüberschreitender Kommunikationsfluss konstituiert wird. Transnationale Diskurse könnten demnach nur dann von Akteuren geführt werden, wenn diese erstens zu einem bestimmten Thema selbst eine Meinung formulierten und dabei zweitens auf die Meinung eines Sprechers, der einem anderen Land zugeordnet werden kann, direkt Bezug nähmen. Notwendig wäre also beispielsweise die Bezugnahme eines französischen Journalisten auf die Meinung eines deutschen Politikers oder die kritische Reaktion des britischen Regierungschefs auf die Meinung deutscher Interessengruppen.

Abbildung 2: Nationale und transnationale Diskursstrukturen im vierten Modell



Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 2 stellt den strukturellen Unterschied zwischen nationalen und transnationalen Diskursen im vierten Modell graphisch dar. Die Kreise bezeichnen die jeweiligen nationalen Öffentlichkeitsräume, in denen verschiedene Diskursteilnehmer (DT) in der Regel medienvermittelt ein europapolitisches Thema diskutieren. Die Pfeile markieren die diskursiven Bezugnahmen, die die beteiligten Sprecher an andere Diskursteilnehmer richten. In nationalen Diskursen bleiben die jeweiligen Öffentlichkeitsräume undurchlässig, diskursive Bezugnahmen beschränken sich auf andere nationale Sprecher. Diskursive Interaktionen zwischen zwei oder mehr Sprechern, die sich verschiedenen nati-

onalen Öffentlichkeitsarenen zuordnen lassen, finden nicht statt, so dass nicht sinnvoll von einem transnationalen Diskurs gesprochen werden kann. In transnationalen Diskursen hingegen öffnen sich die jeweiligen Öffentlichkeitsräume einseitig oder wechselseitig, die rein nationalen Bezugnahmen werden durch grenzüberschreitende Referenzen ersetzt oder zumindest ergänzt. Nur durch solche Interaktionsstrukturen konstituieren sich transnationale Diskurse in der massenmedialen Öffentlichkeit, jedoch kann dieses wichtige Merkmal von den oben dargestellten Begrifflichkeiten nicht hinreichend eingelöst werden.

Aus einer nahezu deckungsgleichen Konvergenz der medialen Agenden in mehreren Mitgliedstaaten folgt noch nicht zwangsläufig ein transnationaler Diskurs zwischen den nationalen Öffentlichkeitsarenen, wie Klaus Eder und Cathleen Kantner offensichtlich annehmen, denn natürlich ist es aus diskurstheoretischer Perspektive ein erheblicher Unterschied, ob zur gleichen Zeit in mehreren Mitgliedsländern *unabhängig voneinander* über dieselben Themen debattiert wird, oder ob verschiedene Akteure aus unterschiedlichen Mitgliedsländern *miteinander* über ein Thema *transnational* diskutieren und *wechselseitig* Argumente austauschen, so dass die Konstitution eines innereuropäischen Selbstverständigungsdiskurses unter diesen limitierten Voraussetzungen gar nicht zu erwarten wäre. Auch die Idee von Christiane Eilders und Katrin Voltmer kann vor diesem Hintergrund nicht ganz überzeugen, schließlich folgt aus der Kommentierung zu europapolitischen Themen noch nicht unbedingt diskursive Kommunikation zwischen mindestens zwei Akteuren, die verschiedenen nationalen Öffentlichkeitsräumen zugeordnet werden können. Eine öffentliche Diskussion im Sinne eines *Meinungsaustausches* zwischen mehreren Sprechern ist grundsätzlich etwas anderes als eine öffentlich artikulierte Meinungsbekundung zu einem europapolitischen Thema, bei der zuvor geäußerte Einwände anderer Sprecher nicht berücksichtigt werden. Marianne van de Steeg wird es ebenfalls nicht gelingen, transnationale Diskurse zu analysieren, so wie sie anzunehmen scheint, denn selbst wenn sich ihre Indikatoren während der empirischen Arbeit tatsächlich nachweisen ließen, könnte sie damit nichts über die eventuelle Existenz diskursiver Austauschprozesse sagen. Schließlich muss ein Gastautor nicht unbedingt auf ausländische Sprecher diskursiv Bezug nehmen, er muss nicht einmal notwendigerweise auf irgendjemanden Bezug nehmen. Auch ausländische Akteure, die im Artikel erwähnt werden, sind keine ausreichende Bedingung für diskursive Interaktionen, beispielsweise könnte es sich dabei um eine neutral verfasste Nachricht handeln, in der der Journalist nicht selbst auf die zitierten Meinungen reagiert und auch die in dem Artikel zitieren Sprecher nicht auf die Meinungen ausländischer Sprecher direkt Bezug genommen haben.

Zweifellos werden mit all diesen Begrifflichkeiten bestimmte Dimensionen einer Europäisierung nationaler Medienöffentlichkeiten eingefordert, denen grundsätzlich ein

diskursives Öffentlichkeitsverständnis vorausgeht, und die somit das potentielle Leistungsvermögen eines massenmedialen Kommunikationsraums nicht wie das systemtheoretische Öffentlichkeitsmodell allein auf neutrale Informationsübermittlungen beschränkt sehen wollen. Beispielsweise ist die Berichterstattung über die Meinungen ausländischer Diskursteilnehmer zu einem bestimmten Thema gewissermaßen eine notwendige Voraussetzung für die Aufnahme eines transnationalen Diskurses, da die wenigsten Sprecher ausländische Zeitungen direkt wahrnehmen und somit auf die Informationsübermittlung der jeweiligen Auslands- und EU-Korrespondenten angewiesen sind. Das hier favorisierte Modell sollte demnach nicht als Alternative, sondern als Ergänzung eines bis dato nur unpräzise definierten, aber oftmals eingeforderten Merkmals einer europäischen Diskursöffentlichkeit verstanden werden. So konnte verdeutlicht werden, dass in den anderen diskurstheoretischen Ansätzen das wichtige Moment bewusster *transnationaler Interaktionen*, das schon rein analytisch eine notwendige Bedingung für die Konstitution einer europäischen Diskursöffentlichkeit darstellt, nur unzureichend berücksichtigt wird.

Aber selbst wenn in der europäischen Medienöffentlichkeit transnationale Diskurse beobachtbar sein sollten, wäre dies noch keine Garantie für die Existenz eines innereuropäischen Selbstverständigungsdiskurses. Immerhin könnte es theoretisch möglich sein, dass die europäischen Diskursteilnehmer vornehmlich mit ausländischen Sprechern diskutieren, die gar nicht der Europäischen Union angehören, also beispielsweise mit US-Amerikanern oder Chinesen, ohne dass sich die Europäer vorher darum bemüht hätten, eine öffentliche Debatte um die Chancen und Grenzen einer gemeinsamen europäischen Position überhaupt erst aufzunehmen. Das Ziel eines europaweiten Diskurses, nämlich sich kollektiv darüber zu verständigen, „welche Handlungsweisen auf lange Sicht und im ganzen »gut für uns« sind“ (Habermas 1992: 199), könnte unter diesen Bedingungen nicht erreicht werden, weil gar kein diskursiver Meinungs austausch zwischen den Europäern stattfinden würde. Deswegen setzt die Konstitution einer „Europäischen Diskursöffentlichkeit“ transnationale Bezugnahmen unter den europäischen Sprechern notwendigerweise voraus, andernfalls kann zumindest nicht von einem inner-europäischen Selbstverständigungsdiskurs gesprochen werden. Die zentrale Frage muss dann lauten, ob die nationalen Öffentlichkeitsarenen bereits so weit füreinander geöffnet sind, dass „sich über nationale Grenzen hinweg die Eigendynamik einer gemeinsamen politischen Meinungs- und Willensbildung über europäische Themen entfalten kann“, aus der sich letztlich „ein politisches Selbstverständnis der Europäer“ herausbildet (Habermas 2004: 81).

4. DIE ÖFFENTLICHE DEBATTE ZU EINEM EVENTUELLEN EU-BEITRITT DER TÜRKEI

Ob und inwieweit tatsächlich in der europäischen Medienöffentlichkeit transnational diskutiert wird und sich gleichzeitig ein innereuropäischer Selbstverständigungsprozess konstituiert, soll nun am Beispiel der öffentlichen Debatte um den eventuellen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union analysiert werden. Gerade eine so folgenreiche Entscheidung sollte nicht nur in den europäischen Institutionen verhandelt, sondern zuvor allen Europäern öffentlich zur Diskussion gestellt werden, da sie die zukünftige Verfassung der Europäischen Union grundlegend verändern könnte. Das zentrale Erkenntnisinteresse betrifft hier jedoch weniger die eventuelle Kongruenz themenspezifischer Diskursinhalte, die Reiner Grundmann, Dennis Smith und Sue Wright schon einmal am Beispiel der öffentlichen Debatte zum Kosovokrieg analysiert haben (Grundmann et al. 2000), sondern vielmehr die zugrunde liegenden Diskursstrukturen. Deswegen konzentriert sich die Studie zunächst auf die quantitative Durchführung einer interaktiven Strukturanalyse medialer Diskurse, die zwar öffentlich publizierte Meinungsbeiträge in ihren Fokus rückt, aber von der qualitativen Bewertung der vorgebrachten Argumente bewusst absieht (siehe dazu einführend Keller 2004). Dieser erste Schritt geht in gewisser Weise einer stärker hermeneutischen Inhaltsanalyse voraus, denn erst wenn es tatsächlich einen grenzüberschreitenden Meinungs austausch gibt und dieser in der europäischen Medienöffentlichkeit beobachtet werden kann, lassen sich normative Qualitätsstandards an den Diskurs anlegen (vgl. dazu ausführlich Wimmel 2006). Außerdem soll nicht verschwiegen werden, dass aus den empirischen Ergebnissen allein zuverlässige Aussagen zu einem bestimmten, aber notwendigen Diskursmerkmal abgeleitet werden können, nämlich zur nationalen oder eben transnationalen *Interaktionsstruktur* öffentlicher Debatten. Es soll also nicht der falsche Eindruck erweckt werden, dass mit dieser Strukturanalyse massenmedialer Diskurse eine eventuelle Funktionserfüllung des oben dargestellten diskursiven Öffentlichkeitsmodells empirisch getestet werden könnte, so dass von einer inhaltlichen Bewertung der öffentlich geführten Türkei-debatte an dieser Stelle bewusst abgesehen wurde. Hier wären zunächst normative Standards zu entwickeln, mit denen gute und schlechte Argumente sinnvoll unterschieden werden können. Die folgenden quantitativen Daten geben allein Auskunft über die Interaktionsstruktur der öffentlichen Debatte, erlauben aber keine Rückschlüsse auf eventuelle Rationalitätssteigerungen, die gemäß des diskursiven Modells unter günstigen Bedingungen durch deliberative Meinungs- und Willensbildungsprozesse möglich wären.

Als Fälle wurden mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien drei der politisch, wirtschaftlich und kulturell einflussreichsten EU-Mitgliedsländer herangezogen, die in allen Verfassungs- und Erweiterungsfragen den Kurs vorgeben und traditionell eng zusammenarbeiten. Gemäß der Studie von Dennis Wu, der mögliche Einflussfaktoren für

die jeweilige Intensität der Auslandsberichterstattung in nationalen Massenmedien statistisch getestet hat, besteht ein positiver Zusammenhang zwischen der territorialen Größe, der geringen räumlichen Distanz, dem exportorientierten Handelsvolumen und dem kulturellen Einfluss eines Landes einerseits sowie der quantitativen Nachrichtenlage über dieses Land andererseits (Wu 2000: 121f), so dass mit Deutschland, Frankreich und Großbritannien drei Fälle ausgewählt wurden, zwischen denen die potentiellen Konstitutionsbedingungen für transnationale Diskurse vergleichsweise günstig ausfallen dürften, weil ein grenzüberschreitender Meinungs austausch gute Informationen über aktuelle Ereignisse und Debatten in anderen Ländern voraussetzt. Für diese Länder wurden je zwei überregionale Qualitätszeitungen als Untersuchungsmaterialien ausgewählt, nämlich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung* für Deutschland, *Le Monde* und *Le Figaro* für Frankreich, sowie *The Guardian* und *Financial Times London* für Großbritannien. Bisherige quantitative Inhaltsanalysen haben gezeigt, dass diese Zeitungen im direkten Vergleich mit anderen Printmedien relativ ausführlich über europapolitische Themen berichten, einen großen Raum für meinungsorientierte Beiträge bereitstellen und von ausländischen Redaktionen regelmäßig beobachtet werden (Kevin 2003: 53f), so dass wir wenn überhaupt nur hier mit einiger Zuversicht nach transnationalen Diskursen suchen können, während diese in der Boulevard- und Regionalpresse kaum zu erwarten sind.

Der Untersuchungszeitraum umfasst drei relativ abgeschlossene Phasen der Türkei-Debatte, die jeweils vor und nach den großen EU-Gipfelkonferenzen, auf denen wegweisende Entscheidungen zu den Beziehungen zwischen der Türkei und der Europäischen Union getroffen wurden, im Dezember der Jahre 1999, 2002 und 2004 stattgefunden haben. Alle Ausgaben der oben genannten sechs Zeitungen, die in den letzten drei Monaten dieser Jahre (jeweils Oktober, November und Dezember) erschienen sind, wurden mit den Online-Datenbanken *Factiva* und *LexisNexis* (Suchbegriffe: *Türkei* und/oder *Europäische Union*, *EU* in der jeweiligen Landessprache) komplett erhoben. Diese drei Monate reichen aus, um drei relativ abgeschlossene Phasen dieser öffentlichen Debatte vollständig einzufangen, da in den jeweils zwei Monaten davor und danach in diesen Zeitungen keine weiteren Meinungsbeiträge oder Meinungsäußerungen von Sprechern veröffentlicht wurden, die nicht bereits im Textsample der drei Untersuchungsmonate berücksichtigt waren. Aus diesem Textsample, das alle Artikel umfasst, in denen ein eventueller Beitritt der Türkei zur EU thematisiert wird, sind nun alle deutschen, französischen und britischen Diskursteilnehmer sowie alle EU-Akteure ermittelt worden, die in diesen Zeitungen öffentlich ihre Meinung zu der umstrittenen Frage preisgegeben haben, ob, wann oder unter welchen Bedingungen die Türkei ein Mitgliedstaat der Europäischen Union werden sollte. Die öffentlichen Stellungnahmen derjenigen Sprecher, die sich nicht in Form eines eigenen Beitrags geäußert haben, wurden

aus den relevanten Nachrichten herausgefiltert, wie bei einem Puzzlespiel zusammengefügt und unter dem Namen des jeweiligen Sprechers in Textverarbeitungsprogrammen katalogisiert (siehe ausführlicher Wimmel 2004: 10).

Anschließend wurden jeweils Typ (Politiker, Journalist usw.) und Herkunft der beteiligten Diskursteilnehmer sowie derjenigen Sprecher codiert, auf die diskursiv Bezug genommen wurde. Diskursive Bezugnahmen liegen nur dann vor, wenn der Sprecher in seinem Meinungsbeitrag bzw. seiner Meinungsäußerung zunächst die Position eines anderen Diskursteilnehmers referiert und direkt anschließend oder im weiteren Verlauf auf diese Meinung selbst befürwortend, ablehnend oder abwägend Bezug nimmt. Nationale Bezugnahmen wurden codiert, wenn der Diskursteilnehmer, auf den diskursiv Bezug genommen wird, dem gleichen Land zugeordnet werden konnte wie der Sprecher selbst. Transnationale Bezugnahmen wurden codiert, wenn der Diskursteilnehmer, auf den diskursiv Bezug genommen wird, einem anderen Land zugeordnet werden konnte als der Sprecher selbst. Ausschlaggebend war hier *nicht* der jeweilige Geburtsort, sondern der längerfristige Lebens- und Arbeitsmittelpunkt des Sprechers. Eine türkischstämmige Sozialwissenschaftlerin, die zwar in der Türkei geboren, aber in Deutschland aufgewachsen ist und heute an einer deutschen Hochschule lehrt, würde somit als deutsche Diskursteilnehmerin codiert. Supranationale Bezugnahmen wurden codiert, wenn der Diskursteilnehmer, auf den diskursiv Bezug genommen wird, zum Zeitpunkt der Bezugnahme einer EU-Institution zugeordnet werden konnte. Eine gesonderte Codierregel gilt für die EU-Sprecher: Hier meint nationaler Bezug die diskursive Referenz auf einen Diskursteilnehmer, der dem Heimatland des EU-Sprechers zugeordnet werden kann, transnationaler Bezug meint die diskursive Referenz auf einen Diskursteilnehmer, der nicht dem Heimatland des EU-Sprechers zugeordnet werden kann, und supranationaler Bezug meint die diskursive Referenz auf einen anderen EU-Sprecher. Wenn in verschiedenen Zeitungen derselbe Diskursteilnehmer auf die gleiche Meinungsäußerung eines anderen Sprechers mehrmals Bezug genommen hat bzw. verschiedene Zeitungen über diese Bezugnahme berichtet haben, wurde diese Bezugnahme dennoch nur einmal codiert, um das Ergebnis nicht zu verzerren.²

² Das gesamte Textsample umfasste je nach Zeitung/Jahr jeweils zwischen 200 bis 600 Seiten Text, die für alle Jahre komplett ausgewertet wurden, ohne im Untersuchungszeitraum eine Stichprobe zu ziehen. Alle Darstellungsformen (Kommentare, Essays, Interviews, Nachrichten, in denen bspw. diskursive Bezugnahmen von Politiken referiert wurden) sind in die Analyse eingegangen. Für die Codierung war es unerheblich, ob die Bezugnahme auf eine Meinung eines anderen Diskursteilnehmers befürwortend oder ablehnend war. Leserbriefe wurden nicht berücksichtigt. Die Codierarbeit wurde vom Autor allein durchgeführt. Das komplette Codebook findet sich in Wimmel 2006. Auf Basis einer Stichprobe von 20 zufällig ausgewählten Sprechern aus dem Jahr 2002 wurde die Zuverlässigkeit des Codebooks durch eine weitere inhaltsanalytisch geschulte Person überprüft.

4.1 Helsinki 1999: Politik hinter verschlossenen Türen

Auf der EU-Gipfelkonferenz am 10.-11. Dezember 1999 in Helsinki wurde zur Überraschung vieler Beobachter beschlossen, der Türkei den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu verleihen, obwohl der Europäische Rat das türkische Beitrittsgesuch erst 1997 in Luxemburg mehrheitlich abgelehnt hatte (vgl. Riemer 2003: 42). Der Rat der Europäischen Union bezeichnete die Türkei in seiner Abschlusserklärung als „ein beitriftswilliges Land, das auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitriftswilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll“. Auch wenn noch kein Termin für den Beginn von Beitrittsverhandlungen vereinbart werden konnte, dürfte nach dieser kaum noch zu revidierenden Zusage der Europäischen Union an die türkische Regierung einem EU-Beitritt früher oder später nichts mehr im Wege stehen, sofern die Türkei die notwendigen Kopenhagener Beitrittskriterien vollständig erfüllen sollte. Damit haben die Staats- und Regierungschefs die zukünftigen Grenzen der Europäischen Union bis an den Irak und Syrien verlegt, zudem wird voraussichtlich zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Integration ein islamisch geprägtes Land der Gemeinschaft beitreten.

Tabelle 1: Nationale, transnationale und supranationale Bezugnahmen – Helsinki 1999

	N	Nationale Bezugnahmen <i>n</i>	Trans. Bezugnahmen <i>n</i>	Supra. Bezugnahmen <i>n</i>	Summe <i>n</i>
Deutsche Sprecher	19	16 (43,2%)	12 (32,4%)	9 (24,3%)	37
- Politiker	10	8	3	5	16
- Journalisten	7	6	8	3	17
- Wissenschaftler	2	2	1	1	4
Französische Sprecher	12	6 (40,0%)	4 (26,7%)	5 (33,3%)	15
- Politiker	5	2	1	1	4
- Journalisten	4	2	1	2	5
- Wissenschaftler	3	2	2	2	6
Britische Sprecher	5	1 (33,3%)	1 (33,3%)	1 (33,3%)	3
- Politiker	1	---	---	---	---
- Journalisten	4	1	1	1	3
- Wissenschaftler	---	---	---	---	---
EU-Sprecher	6	---	4 (57,1%)	3 (42,9%)	7
Summe	42	23 (37,1%)	21 (33,9%)	18 (29,0%)	62

Basis: $n=62$ diskursive Bezugnahmen von $N=42$ Diskursteilnehmern (vom 1. Okt. 1999 bis zum 31. Dez. 1999), eigene Erhebung und Inhaltsanalyse

Tabelle 1 zeigt, ob und inwieweit diese für die Europäische Union und die Türkei so richtungweisende Entscheidung von einer öffentlichen Debatte in den drei Untersuchungsländern begleitet wurde. In Deutschland haben immerhin 19 Sprecher öffentlich

Zur Bestimmung der Reliabilität wurde Cohens *kappa* für alle Variablen einzeln errechnet. Die erreichten Werte sind durchgängig sehr hoch, sie schwanken für die Bestimmung der Sprecher lediglich zwischen 1,00 (Herkunft) und 0,95 (Typ) und für die Bezugnahmen zwischen 0,88 (Herkunft) und 0,95 (Typ).

Stellung bezogen, wie mit dem erneuten Beitrittsgesuch der Türkei verfahren werden sollte, und dabei auf die Meinungen von insgesamt 37 anderen Diskursteilnehmern reagiert. Vor allem die zehn nationalen Politiker hatten mehrfach, ausführlich und frühzeitig ihre Positionen öffentlich zur Diskussion gestellt, so dass hier zumindest die parteipolitischen Konfliktlinien nicht im Verborgenen geblieben waren. Die zwölf französischen Sprecher, die sich zur Türkeifrage geäußert hatten, verzichteten demgegenüber weitgehend auf eine kritische Auseinandersetzung mit anderen Diskursteilnehmern; bei nur 15 diskursiven Bezugnahmen über einen Zeitraum von drei Monaten kann von einer öffentlichen Debatte in Frankreich kaum gesprochen werden. In Großbritannien spielte das Thema in der massenmedialen Öffentlichkeit so gut wie keine Rolle, selbst die verantwortlichen Politiker hatten von einer öffentlichen Stellungnahme vor der Gipfelkonferenz vollständig abgesehen. Lediglich Premierminister Tony Blair beurteilte die Türkei-Entscheidung des Europäischen Rates in der anschließenden Pressekonferenz als richtigen und überfälligen Schritt, worüber im *Guardian* kurz berichtet wurde. Hinzu kamen noch die sechs EU-Sprecher, die in erster Linie der Europäischen Kommission angehörten und ihre persönlichen Meinungen zur Türkeifrage auf der Grundlage der regelmäßig erscheinenden Fortschrittsberichte und den darin enthaltenen Empfehlungen formulierten.

Neben dieser (verglichen mit den folgenden Phasen) insgesamt geringen öffentlichen Aufmerksamkeit trotz der zweifellos erheblichen Relevanz der Türkei-Entscheidung für die Zukunft der Europäischen Union kommt noch erschwerend hinzu, dass der Umgang mit dem türkischen Beitrittsbegehren vor allem in Frankreich und in Großbritannien wenn überhaupt nur am Rande diskutiert wurde. Im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte standen noch in erster Linie die Vor- und Nachteile der damals geplanten EU-Osterweiterung, während die Türkeifrage deutlich geringere öffentliche Resonanz erfuhr. Längere und argumentativ gehaltvolle Debattenbeiträge insbesondere von Journalisten waren allein der deutschen Qualitätspresse zu entnehmen, deren Redaktionen offensichtlich ein besseres Gespür für die anstehende Türkei-Entscheidung, mit der viele außenstehende Beobachter im Vorfeld nicht ernsthaft gerechnet hatten, entwickelten. Zudem täuscht die eh schon vergleichsweise geringe Quantität der nationalen und transnationalen Bezugnahmen über die tatsächliche Qualität der öffentlichen Debatte hinweg: In allen drei Ländern – und vor allem in Frankreich und Großbritannien – hatten sich die meisten Diskursteilnehmer erst *nach* Bekanntgabe des für die Türkei positiven Verhandlungsergebnisses zu Wort gemeldet und die fünfzehn verantwortlichen Staats- und Regierungschefs teilweise heftig kritisiert, nicht zuletzt weil eine so historische Entscheidung wie diese kurz vor Konferenzende ohne vorherige öffentliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse hinter verschlossenen Türen abgesegnet worden sei. Tatsächlich muss man aus heutiger Sicht sagen, dass der Sinn jeder öffentlichen Debatte,

nämlich wechselseitige Verständigungen anzuregen und anstehende institutionelle Entscheidungen kritisch abzuwägen bzw. argumentativ zu begründen (vgl. Peters 1994), im Vorfeld der Konferenz von Helsinki weitestgehend verfehlt wurde.

Die erste Phase der öffentlichen Türkei-Debatte lässt sich also keineswegs als eine breite, offene und argumentativ gesättigte Beratung über die zukünftigen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei vor einer verbindlichen Ratsentscheidung bezeichnen, sondern vielmehr als reine Protest- und Konfliktkommunikation zwischen den Staats- und Regierungschefs und den jeweiligen Oppositionsparteien, die sich aus opportunistischem Kalkül *nachträglich* gegenseitig an den öffentlichen Pranger stellten. Selbst in Deutschland, wo das Thema noch die größte mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnte, wurde auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion erst nach dem EU-Gipfel von Helsinki eine parlamentarische Debatte im Bundestag angesetzt. Bei der wegweisenden Entscheidung, der Türkei den Status eines Beitrittskandidaten zu verleihen, schlägt das oft beklagte Transparenzdefizit des Europäischen Rates (vgl. Lodge 1994), der nach wie vor geheim verhandelt, vom Europäischen Parlament nur indirekt kontrolliert wird und seine Agenda auch kurzfristig noch ändern kann, somit voll zu Buche. Davon waren nicht zuletzt die Journalisten betroffen, denen offensichtlich vor dem Ratsgipfel gesicherte Informationen fehlten, inwieweit der Status der Türkei erneut zur Disposition steht, so dass auch sie die umstrittene Türkeifrage erst gehaltvoll kommentieren konnten, als die wichtigsten Vereinbarungen schon getroffen waren. Ein transnationaler und innereuropäischer Selbstverständigungsdiskurs, der institutionellen Entscheidungsprozessen im Idealfall vorausgehen und diese beeinflussen sollte, hatte in dieser ersten Phase vor allem in Frankreich und Großbritannien, aber auch in Deutschland noch nicht eingesetzt.

4.2 Kopenhagen 2002: Die deutsch-französische Rendezvous-Klausel

Obwohl auf dem Gipfeltreffen am 13.-14. Dezember 2002 in Kopenhagen immerhin die Bedingungen für die EU-Mitgliedschaften der zehn mittel- und osteuropäischen Bewerberländer beschlossen wurden, stand diese Konferenz ganz im Schatten der Türkeifrage. Nachdem die Türkei vor drei Jahren überraschend den Beitrittskandidatenstatus verliehen bekommen hatte, drängte sie die Staats- und Regierungschefs nun, dem baldigen Beginn von Beitrittsverhandlungen zuzustimmen. Trotz beachtlicher Reformbemühungen seitens der türkischen Regierung zur Erfüllung der Beitrittskriterien monierte die EU-Kommission in ihrem Fortschrittsbericht vom 8. Oktober 2002, dass die Zeit für eine verbindliche Zusage an die Türkei „noch nicht reif“ sei, da bei der Garantie der Grundfreiheiten, der Sicherstellung der zivilen Kontrolle über das Militär und bei der faktischen Abschaffung der Folter noch „erhebliche Nachbesserungen“ getätigt werden müssten. Nicht zuletzt aufgrund dieser Vorgaben verständigten sich die Staats- und Regierungschefs schließlich auf den deutsch-französischen Vorschlag, zum jetzigen Zeit-

punkt noch keine Beitrittsverhandlungen mit Ankara aufzunehmen, sondern der Türkei ein weiteres Datum in Aussicht zu stellen, an dem unter Berücksichtigung der bis dahin vollzogenen Reformfortschritte endgültig entschieden werde, ob und ggf. wann die Verhandlungen beginnen sollten – die sogenannte Rendezvous-Klausel.

Die folgende Tabelle 2 zeigt deutlich, dass die zweite Phase der Türkei-Debatte durch eine sehr viel breitere, intensivere und vor allem diskursivere Auseinandersetzung gekennzeichnet war als die erste Phase: Insgesamt beteiligten sich vor und nach der Gipfelkonferenz von Kopenhagen 114 Diskursteilnehmer, die zusammen auf 290 andere Sprecher diskursiv Bezug genommen haben. Trotz der Tatsache, dass die Türkei bereits den Status eines Beitrittskandidaten besaß, wurde jetzt in Deutschland und nun auch in Frankreich die viel grundsätzlichere Diskussion nachgeholt, ob die Türkei als ein islamisch geprägtes Land kulturell in die EU passt (vgl. dazu Gerhards 2005) und jemals vollwertiges Mitglied werden sollte, selbst wenn es die notwendigen Beitrittskriterien erfüllen würde. In beiden Ländern hielten sich die Befürworter und Gegner eines EU-Beitritts der Türkei in etwa die Waage, vor allem die französischen Journalisten und Wissenschaftler lieferten sich in zahlreichen längeren Debattenbeiträgen einen argumentativen und differenzierten Meinungs austausch, der nach der geringen Resonanz im Jahre 1999 in diesem Ausmaß nicht unbedingt zu erwarten war. Auch in Großbritannien wurde die Türkeifrage nun im Vorfeld der Gipfelkonferenz lebhafter kommentiert, vor allem die britischen Journalisten griffen das Thema auf und unterstützten die europäische Perspektive der Türkei nahezu geschlossen.

Tabelle 2: Nationale, transnationale und supranationale Bezugnahmen – Kopenhagen 2002

	N	Nationale Bezugnahmen <i>n</i>	Trans. Bezugnahmen <i>n</i>	Supra. Bezugnahmen <i>n</i>	Summe <i>n</i>
Deutsche Sprecher	36	53 (52,5%)	31 (30,7%)	17 (16,8%)	101
- Politiker	13	21	5	4	30
- Journalisten	16	20	23	12	55
- Wissenschaftler	7	12	3	1	16
Französische Sprecher	37	36 (35,6%)	41 (40,6%)	24 (23,8%)	101
- Politiker	12	5	8	6	19
- Journalisten	12	20	23	12	55
- Wissenschaftler	13	11	10	6	27
Britische Sprecher	26	5 (8,3%)	41 (68,3%)	14 (23,3%)	60
- Politiker	6	1	6	3	10
- Journalisten	18	4	32	9	45
- Wissenschaftler	2	---	3	2	5
EU-Sprecher	15	3 (10,7%)	12 (42,9%)	13 (46,4%)	28
Summe	114	97 (33,4%)	125 (43,1%)	68 (23,5%)	290

Basis: *n*=290 diskursive Bezugnahmen von *N*=114 Diskursteilnehmern (1. Okt. 2002 bis zum 31. Dez. 2002), eigene Erhebung und Inhaltsanalyse

Zudem handelte es sich in der zweiten Phase keineswegs mehr um rein nationale Protestkommunikationen, die meist an die eigenen Regierungsvertreter adressiert waren, sondern um eine transnationale und supranationale Diskussion zwischen verschiedenen Sprechern, die sich an der Türkei-Debatte beteiligten. Während in Deutschland noch die nationalen Bezugnahmen mit 52,5% knapp überwogen, standen in Frankreich 35,6% nationalen Referenzen schon 40,6% transnationale Bezüge gegenüber. Großbritannien unterscheidet sich gravierend von den beiden anderen Ländern, nur 8,3% der diskursiven Bezugnahmen entfielen auf nationale Sprecher, erstaunliche 68,3% auf ausländische Sprecher und 23,3% auf EU-Sprecher. Damit ergibt sich das nach der ersten Phase durchaus überraschende Ergebnis, dass in der zweiten Phase der Türkei-Debatte keineswegs die grenzüberschreitenden Diskurse fehlten, sondern vor allem in Frankreich und Großbritannien intensiv geführt wurden: Insgesamt standen 33,4% nationale Referenzen 43,1% transnationalen und 23,5% supranationalen Bezugnahmen gegenüber. Wenn es in den drei größten europäischen Ländern zu öffentlicher Meinungsbildung über ein europapolitisches Thema kommt und gegensätzliche Positionen vertreten werden, kann dies also sehr wohl zu einem transnationalen Meinungs austausch führen, der in den jeweiligen nationalen Qualitätszeitungen zu beobachten ist, und der darüber hinaus *vor* institutionellen Entscheidungsfindungen geführt wird.

Zwei Aspekte sind besonders bemerkenswert, nämlich die mit 23,5% insgesamt recht hohe Prozentzahl an supranationalen Bezügen, obwohl nur fünfzehn EU-Sprecher beteiligt waren, und der quasi nicht geführte nationale Diskurs in Großbritannien, obwohl sich ebenso wie in den anderen Ländern zahlreiche Journalisten an der öffentlichen Debatte beteiligten, die auf die Meinungen der nationalen Regierungs- und Oppositionspolitiker hätten eingehen können. Das erste Puzzle ist recht leicht aufzulösen, denn 47 der 68 supranationalen Referenzen entfielen auf den Präsidenten des damaligen EU-Verfassungskonvents Valéry Giscard d'Estaing, der mit seinen extrem polarisierenden Aussagen, dass die Türkei kein europäisches Land sei und ihre Aufnahme das Ende der Europäischen Union bedeuten würde, die öffentliche Debatte erst ausgelöst hatte und von den anderen Diskursteilnehmern bis zuletzt in ihren Fokus gerückt wurde. Eine vergleichbar hohe Anzahl supranationaler Bezüge ist sicher in anderen Fällen nur dann zu erwarten, wenn ein ebenso gewichtiger EU-Akteur öffentlich eine so kontroverse Ansicht preisgibt. Das zweite Puzzle ist ebenfalls gut zu erklären, denn im direkten Gegensatz zu Deutschland und Frankreich, in denen die Türkeifrage auch innenpolitisch sehr umstritten war, einigten sich die britischen Konservativen um Duncan Smith mit Tony Blair früh darauf, eine baldige EU-Mitgliedschaft der Türkei gemeinsam zu unterstützen. Diesem nationalen Konsens lag die traditionell skeptische Haltung der Briten gegenüber einer politisch integrierten Union zugrunde, deren Realisierung gerade durch einen EU-Beitritt der Türkei massiv erschwert werden würde. Da auch die meisten briti-

schen Journalisten eher eine europäische Freihandelszone als einen europäischen Bundesstaat favorisierten, war eine kritische Auseinandersetzung mit den nationalen Politikern nicht mehr notwendig. Offen bleibt jedoch noch die Frage, inwieweit die deutschen, französischen und britischen Diskursteilnehmer sowie die EU-Sprecher innereuropäisch oder außereuropäisch diskutierten. Wie oben erwähnt folgt aus dem Nachweis eines transnationalen Diskurses nicht notwendigerweise ein innereuropäischer Selbstverständigungsdiskurs, in dem sich die Europäer untereinander mit dem Problem auseinandersetzen, welche Länder sie kollektiv in die europäische Staatengemeinschaft aufnehmen wollen und welche Länder nicht der Europäischen Union angehören sollen. Theoretisch wäre es denkbar, dass die jeweiligen Sprecher in den europäischen Mitgliedstaaten nicht miteinander diskutiert haben, sondern in ihren Meinungsbeiträgen gerade diejenigen Diskursteilnehmer adressierten, die sich zum Zeitpunkt der Debatte außerhalb der Europäischen Union befanden.

Tatsächlich handelte es sich auch in der zweiten Phase der Türkei-Debatte nur sehr bedingt um einen innereuropäischen Selbstverständigungsdiskurs zwischen den europäischen Diskursteilnehmern, sondern vielmehr um eine kontroverse Auseinandersetzung zwischen diversen europäischen, amerikanischen und türkischen Sprechern, obwohl die Europäer von einer gemeinsamen Position zur Türkeifrage weiter als je zuvor entfernt waren. In allen drei Ländern, vor allem in Großbritannien, wurde deutlich häufiger auf amerikanische und türkische Diskursteilnehmer als auf alle innereuropäischen Sprecher zusammen Bezug genommen, sofern die nationalen Bezugnahmen jeweils ausgeschlossen werden. Insgesamt entfielen von den 113 transnationalen Bezugnahmen der nationalen Sprecher nur 41 auf andere innereuropäische, aber 72 auf amerikanische und türkische Diskursteilnehmer.³ Hinter diesen Zahlen verbergen sich einerseits die – abgesehen von einigen britischen Sprechern – geschlossene Kritik an dem Vorgehen des US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush, der die europäischen Staats- und Regierungschefs vehement zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei drängte, sowie andererseits die Diskussion um den neu gewählten AKP-Vorsitzenden Recep Tayyip Erdogan, der sein Land trotz bestehender rechtsstaatlicher Defizite lieber heute als morgen in der Europäischen Union sehen wollte. Hinzu kommt, dass sonstige europäische Sprecher aus allen weiteren europäischen EU-Mitgliedsländern kaum berücksichtigt wurden, denn unter den insgesamt 290 diskursiven Bezügen fanden sich nur elf, die nicht den drei Untersuchungsländern Deutschland, Frankreich und Großbritannien, den EU-Sprechern oder den USA und der Türkei zugeordnet werden mussten. Von ei-

³ Diese Daten zur innereuropäischen bzw. außereuropäischen Interaktionsstruktur lassen sich der Tabelle 2 nicht entnehmen, sondern sind das Ergebnis einer weiteren Datenauswertung, die aus Platzgründen nicht tabellarisch dargestellt werden kann.

nem integrierten europäischen Diskurs, der Diskursteilnehmer aus allen EU-Mitgliedsländern einschließt, konnte demnach auch in der zweiten Phase der Türkei-Debatte nicht gesprochen werden – sogar der öffentliche Diskurs im sogenannten „Kerneuropa“ war mehr als fragmentiert geblieben.

4.3 Brüssel 2004: Grünes Licht für den Beginn von Beitrittsverhandlungen

Nachdem die Türkei vor fast genau zwei Jahren noch auf einen späteren Termin vertröstet wurde, an dem über einen eventuellen Beginn von Beitrittsverhandlungen entschieden werden sollte, standen die inzwischen fünfundzwanzig Staats- und Regierungschefs nun gewissermaßen in der Pflicht, sich gegenüber der türkischen Regierung verbindlich zu äußern, wie sie sich die zukünftigen Beziehungen vorstellten. Im Vorfeld der EU-Gipfelkonferenz, die am 16.-17. Dezember 2004 in Brüssel durchgeführt wurde, hatte die Europäische Kommission den Staats- und Regierungschefs die baldige Aufnahme von Beitrittsgesprächen erstmals empfohlen, da nun ihrer Ansicht nach „die politischen Kriterien in ausreichendem Maße erfüllt“ seien. Trotz einiger Turbulenzen um die diplomatische Anerkennung der Republik Zypern durch die Türkei, von der die zypriotische Delegation zunächst ihre Zustimmung abhängig machen wollte, beschloss der Rat der Europäischen Union einstimmig, dass die Beitrittsverhandlungen am 3. Oktober 2005 beginnen sollen. Obwohl als Ziel eine EU-Vollmitgliedschaft festgeschrieben wurde, muss die Türkei vermutlich auch nach einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen, die voraussichtlich länger als zehn Jahre dauern werden, um ihre endgültige Eintrittskarte bangen. Dafür müssten nach heutiger Rechtslage nämlich die absolute Mehrheit des Europäischen Parlaments, die Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedsländer, in der Regel die nationalen Parlamente und sogar teilweise – wie in Frankreich und Österreich in Aussicht gestellt – die Bürger per Referendum zustimmen (vgl. Pechstein/Koenig 2000: 223), so dass die Türkei auch in den kommenden Jahren noch einige Hürden vor sich haben wird.

Tabelle 3 zeigt, dass sich die öffentliche Debatte nach der breiten Auseinandersetzung im Jahre 2002 in der dritten Phase abermals intensiviert hat: Mit insgesamt 200 Sprechern hat sich die Zahl der Diskursteilnehmer nun fast verdoppelt, und auch die Diskursivität verstärkte sich mit insgesamt 509 Bezugnahmen dementsprechend. Diese Zunahme ist allerdings allein auf deutsche und französische Sprecher zurückzuführen, die sich jetzt noch zahlreicher engagierten, während die öffentliche Türkei-Debatte in Großbritannien keine größere Aufmerksamkeit erfuhr als bereits zwei Jahre zuvor. Vor allem in Deutschland beteiligten sich erstmals auch Vertreter der Kirchen, der Justiz und der Wirtschaft, die bisher noch nicht öffentlich Stellung bezogen hatten. Dabei sind die zentralen Konfliktlinien und Grundpositionen in allen drei Ländern trotz der gewachsenen Intensität konstant geblieben: In Deutschland und Frankreich standen sich

die Befürworter und Gegner eines EU-Beitritts der Türkei immer noch nahezu gleichgewichtig gegenüber, während die britischen Sprecher geschlossen daran festhielten, die türkischen Beitrittsbestrebungen kräftig zu unterstützen.

Tabelle 3: Nationale, transnationale und supranationale Bezugnahmen – Brüssel 2004

	N	Nationale Bezugnahmen <i>n</i>	Trans. Bezugnahmen <i>n</i>	Supra. Bezugnahmen <i>n</i>	Summe <i>n</i>
Deutsche Sprecher	73	132 (60,6%)	50 (22,9%)	36 (16,5%)	218
- Politiker	26	43	18	10	71
- Journalisten	27	64	25	16	105
- Wissenschaftler	11	19	7	7	33
- sonstige Sprecher	9	6	---	3	9
Französische Sprecher	79	107 (54,0%)	63 (31,8%)	28 (14,2%)	198
- Politiker	34	57	21	9	87
- Journalisten	23	32	34	14	80
- Wissenschaftler	19	16	7	5	28
- sonstige Sprecher	3	2	1	---	3
Britische Sprecher	27	7 (11,5%)	46 (75,4%)	8 (13,1%)	61
- Politiker	4	---	4	3	7
- Journalisten	19	5	37	5	47
- Wissenschaftler	4	2	5	---	7
- sonstige Sprecher	---	---	---	---	---
EU-Sprecher	21	2 (6,3%)	18 (56,3%)	12 (37,5%)	32
Summe	200	248 (48,7%)	177 (34,8%)	84 (16,5%)	509

Basis: *n*=509 diskursive Bezugnahmen von *N*=200 Diskursteilnehmern (1. Okt. 2004 bis zum 31. Dez. 2004), eigene Erhebung und Inhaltsanalyse

Sobald jedoch die nationale bzw. transnationale Reichweite insgesamt in den Blick genommen wird, offenbart sich eine „Renationalisierung“ der öffentlichen Türkei-Debatte: Während in der zweiten Phase die transnationalen Bezugnahmen überwogen, entfielen nun in der Summe 248 (48,7%) der Referenzen auf nationale Sprecher, nur noch 177 (34,8%) auf ausländische Sprecher und 84 (16,5%) auf EU-Sprecher. Der deutsche Diskurs wurde ähnlich wie schon vor zwei Jahren überwiegend innenpolitisch geführt, die nationalen Bezugnahmen nahmen von 52,5% auf 60,6% sogar leicht zu. Ausschlaggebend dafür war erneut der Streit zwischen der Bundesregierung, die ihre befürwortende Haltung zur Türkeifrage noch untermauerte, und der CDU/CSU-Fraktion, die zunächst mit einer Unterschriftenaktion gegen einen türkischen EU-Beitritt mobilisieren wollte und – nachdem dieser Plan verworfen wurde – anschließend ihr umstrittenes Alternativmodell einer „privilegierten Partnerschaft“ verteidigte. Die Struktur der britischen Debatte blieb ebenfalls nahezu konstant, denn nach wie vor wurde die Türkeifrage auf der Insel deutlich seltener öffentlich thematisiert und problematisiert als in den anderen beiden Ländern. Zudem zeigen die Daten, dass in der zweiten Phase erneut keine innenpolitische Debatte geführt wurde, da zwischen Regierung, Opposition und den Journalisten nach wie vor kein großer Dissens bestand.

Die Ursache für die „Renationalisierung“ der öffentlichen Debatte insgesamt ist also allein auf die gewandelte Struktur des französischen Diskurses zurückzuführen: Nachdem in der zweiten Phase die transnationalen Bezugnahmen mit 40,6% knapp überwogen, wurde nun deutlich häufiger auf nationale Diskursteilnehmer (54,0%) referiert, so dass nur noch 31,8% der Bezüge auf ausländische Sprecher und 14,2% auf EU-Sprecher entfielen. Während vor zwei Jahren noch um die grundsätzliche Frage gestritten wurde, *ob* und aus welchen Gründen die Türkei der EU beitreten bzw. nicht beitreten sollte, drehte sich die öffentliche Debatte nun – nachdem sich Präsident Jacques Chirac schon im Oktober definitiv festgelegt hatte, dem Beginn von Beitrittsverhandlungen zuzustimmen – in erster Linie um die prozedurale Frage, *wie* und wann das französische Volk an der endgültigen Entscheidung über einen EU-Beitritt der Türkei beteiligt werden sollte. Der Fokus der Debatte hatte sich folglich von der transnational relevanten Frage, ob die Türkei überhaupt der EU beitreten soll, zu dem nationalen Problem verlagert, ob und inwieweit die französischen Bürger verfahrenstechnisch beteiligt werden sollten, so dass diskursive Referenzen auf ausländische Sprecher, die zu dieser innenpolitisch ausgerichteten Diskussion verständlicherweise keine Stellung bezogen, nicht mehr zweckmäßig erschienen. Als der französische Präsident nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern auch in seiner eigenen Partei zunehmend unter Druck gesetzt wurde, sicherte er eine Volksabstimmung zu, damit die Franzosen zu gegebener Zeit direkt entscheiden können, ob die Türkei der EU beitreten soll. Da der türkische Beitritt voraussichtlich erst in zehn bis fünfzehn Jahren wieder auf der politischen Agenda stehen wird, soll in der französischen Verfassung festgeschrieben werden, dass der jeweils amtierende Staatspräsident zukünftige EU-Erweiterungen nur dann ratifizieren darf, wenn zuvor die Bevölkerungsmehrheit in einem Referendum zugestimmt hat.

Aber selbst wenn der prozentuale Anteil an nationalen Bezugnahmen angestiegen ist, zeigen die Daten auch sehr deutlich, dass die bloße Anzahl an transnationalen Referenzen in allen drei Ländern nicht nur auf einem ähnlich hohen Niveau verblieben ist, sondern sogar zugenommen hat: Konnten vor zwei Jahren insgesamt nur 125 transnationale Bezüge codiert werden, waren es in der dritten Phase schon 177. Offen bleibt allerdings noch die Frage, ob erneut hauptsächlich auf außereuropäische Sprecher referiert wurde, oder ob nun bereits von einem innereuropäischen Selbstverständigungsdiskurs gesprochen werden kann, der der institutionellen Entscheidung vorausgegangen war. Tatsächlich muss anders als in der zweiten Phase festgehalten werden, dass in allen drei Ländern – selbst in Großbritannien – überwiegend auf innereuropäische Sprecher diskursiv Bezug genommen wurde, nämlich auf deutsche und französische Spitzenpolitiker, während die Meinungen innereuropäischer Sprecher aus anderen Ländern nach wie vor kaum öffentliche Beachtung fanden. Zwischen Frankreich und Deutschland hatte sich nun ein lebhafter transnationaler Diskurs eingestellt, und auch in Großbritannien wurde

die zunehmende Ablehnung eines türkischen EU-Beitritts, die von deutschen und französischen Diskursteilnehmern vorgebracht wurde, viel stärker wahrgenommen und zu meist heftig kritisiert. Dass US-amerikanische und türkische Sprecher nun bestenfalls noch eine Nebenrolle einnahmen, ist allerdings vor allem darauf zurückzuführen, dass sich die beiden Protagonisten Bush und Erdogan im Gegensatz zur zweiten Phase selbst weitgehend aus dem öffentlichen Diskurs heraushielten. Obwohl also der prozentuale Anteil an transnationalen Bezugnahmen abgenommen hat, wurde in der dritten Phase kurzfristig ein innereuropäischer Selbstverständigungsdiskurs geführt, der dann jedoch schnell wieder, als sich die französischen und deutschen Entscheidungsträger festgelegt hatten, in nationale parteipolitische Auseinandersetzungen mündete.

5. FAZIT

Drei zentrale Ergebnisse lassen sich aus der vergleichenden Inhaltsanalyse der drei Diskursphasen ableiten: Erstens wurde die öffentliche Türkeidebatte in allen drei Ländern umso intensiver, diskursiver und auch transnationaler geführt, je näher eine endgültige Entscheidung auf europäischer Ebene rückte und je umstrittener die Türkeifrage in Deutschland und Frankreich innenpolitisch debattiert wurde. Nachdem in der ersten Phase das Ziel einer öffentlichen Debatte vor der Regierungskonferenz weitgehend verfehlt wurde, wandelte sich deren Intensität und Diskursivität drei Jahre später im Vorfeld des EU-Gipfels von Kopenhagen bereits erheblich. In der dritten Phase erreichte die medial geführte Auseinandersetzung über die Türkeifrage dann vor allem in Deutschland und Frankreich ein Ausmaß, das einen direkten Vergleich auch mit kontroversen nationalen Themen sicher nicht scheuen müsste. Die mediale Präsenz des türkischen Beitrittsbegehrens hatte spätestens 2004 die Schwelle herkömmlicher außenpolitischer Berichterstattung und Debatte weit überschritten und wurde grenzüberschreitend als ein Entscheidungsproblem wahrgenommen, das einen breiten und ausgiebigen Meinungs austausch verdient.

Zweitens bleibt festzuhalten, dass nicht nur verstärkt transnational debattiert wurde, sondern dass sich auch zunehmend ein innereuropäischer Selbstverständigungsdiskurs konstituiert hat: Während in der ersten Phase in erster Linie nationale Konflikte zwischen den Staats- und Regierungschefs und den jeweiligen Oppositionsparteien beobachtet werden konnten, verlagerte sich die öffentliche Debatte im Jahre 2002 über nationale Grenzziehungen hinweg, allerdings wurde zunächst vor allem auf außereuropäische Diskursteilnehmer, die nicht der Europäischen Union angehören, diskursiv Bezug genommen. Erst in der dritten Phase diskutierten die Europäer kurzfristig untereinander, ob die Europäische Kommission mit der türkischen Regierung Beitrittsverhandlungen aufnehmen soll, bevor der öffentliche Diskurs dann zumindest in Deutschland und Frankreich wieder fast ausschließlich in nationalen Bahnen verlief, als sich die jeweili-

gen nationalen Entscheidungsträger festgelegt hatten, ob sie das türkische Beitrittsbegehren unterstützen wollen oder nicht.

Somit folgt drittens aus dieser Strukturanalyse, dass die zeitweilige Konstitution transnationaler *und* innereuropäischer Selbstverständigungsdiskurse unter günstigen Rahmenbedingungen trotz der oft problematisierten Sprachbarrieren und der national organisierten Medienproduktionen keineswegs ausgeschlossen ist. So war es den deutschen, französischen und britischen Bürgern in der dritten, aber auch schon teilweise in der zweiten Phase ohne große Anstrengungen möglich, sich durch die Beobachtung medial vermittelter transnationaler Diskurse eine gut informierte und wohl begründet Meinung zur Türkeifrage zu bilden. Sollte also tatsächlich ein Legitimations- im Sinne eines Zustimmungsdefizit europäischen Regierens zu beklagen sein, resultiert dieses offensichtlich nicht zuerst aus einem grundsätzlichen Mangel an öffentlicher Meinungs- und Willensbildung über die Politik der Europäischen Union, sondern vermutlich eher aus der (berechtigten oder unberechtigten) Attribution von Verantwortung durch nationale Politiker, die der EU nicht selten *via media* den Sündenbock zuschieben.

LITERATUR

- Beierwaltes, Andreas, 2002: *Demokratie und Medien. Der Begriff der Öffentlichkeit und seine Bedeutung für die Demokratie in Europa*. Baden-Baden.
- Dahl, Robert, 2000: *On Democracy*. New Haven.
- Eder, Klaus/Kantner, Cathleen, 2002: Interdiskursivität in der europäischen Öffentlichkeit, in: *Berliner Debatte Initial* 13: 5/6, 79-88.
- Eilders, Christiane/Voltmer, Katrin, 2003: Zwischen Deutschland und Europa. Eine empirische Untersuchung zum Grad von Europäisierung und Europa-Unterstützung der meinungsführenden deutschen Tageszeitungen, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 51: 2, 250-270.
- Eurobarometer, 2004: *Public Opinion in the European Union*, Report 60 (Autumn 2003). Brüssel.
- Gerhards, Jürgen, 1993: Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: *Zeitschrift für Soziologie* 22: 2, 96-110.
- Gerhards, Jürgen, 2000: Europäisierung von Ökonomie und Politik und die Trägheit der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, in: Bach, Maurizio (Hrsg.), *Die Europäisierung nationaler Gesellschaften*. Wiesbaden, 277-305.
- Gerhards, Jürgen, 2002: Das Öffentlichkeitsdefizit der EU im Horizont normativer Öffentlichkeitstheorien, in: Kaelble, Hartmut/Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main, 135-158.
- Gerhards, Jürgen, 2005: *Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei*. Wiesbaden.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter (Hrsg.) 1998: *Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung*. Wiesbaden.
- Grimm, Dieter, 1995: Braucht Europa eine Verfassung?, in: *Juristen Zeitung* 50 (16. Juni 1995), 581-591.
- Grundmann, Reiner/Smith, Dennis/Wright, Sue, 2000: National Elites and Transnational Discourses in the Balkan War. A Comparison between the French, German and British Establishment Press, in: *European Journal of Communication* 15: 3, 299-320.
- Habermas, Jürgen, 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*. Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen, 1998: *Die postnationale Konstellation*. Frankfurt/Main.
- Habermas, Jürgen, 2004: *Der gespaltene Westen*. Frankfurt/Main.
- Hasebrink, Uwe, 2000: Europäische Öffentlichkeit. Zur Konstruktion von Kommunikationsräumen in Europa durch Medienpublika, in: Faulstich, Werner/Hickethier, Knut (Hrsg.), *Öffentlichkeit im Wandel. Neue Beiträge zur Begriffsklärung*. Bardowick, 97-109.
- Hellmann, Kai-Uwe, 1997: Integration durch Öffentlichkeit. Zur Selbstbeobachtung der modernen Gesellschaft, in: *Berliner Journal für Soziologie* 7: 1, 37-59.
- Heming, Ralf, 1997: *Öffentlichkeit, Diskurs und Gesellschaft. Zum analytischen Potential und zur Kritik des Begriffs der Öffentlichkeit bei Habermas*. Wiesbaden.

- Hix, Simon, 2003: Parteien, Wahlen und Demokratie in der EU, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), *Europäische Integration*. Opladen, 151-180.
- Hug, Simon, 2002: *Voices of Europe. Citizens, Referendums, and European Integration*. Lanham.
- Jachtenfuchs, Markus, 2001: The Governance Approach to European Integration, in: *Journal of Common Market Studies* 39: 2, 221-240.
- Kantner, Cathleen, 2003: Öffentliche politische Kommunikation in der EU. Eine hermeneutische pragmatische Perspektive, in: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Trenz, Hans-Jörg (Hrsg.), *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen, 213-229.
- Keller, Reiner, 2004: *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden.
- Kevin, Deirdre, 2003: *Europe in the Media. A Comparison of Reporting, Representation, and Rhetoric in National Media Systems in Europe*. Mahwah.
- Kleinsteuber, Hans J., 1995: Faktoren der Konstitution von Kommunikationsräumen. Konzeptionelle Gedanken am Beispiel Europa, in: Erbring, Lutz (Hrsg.), *Kommunikationsraum Europa*. Konstanz, 41-51.
- Lodge, Juliet, 1994: Transparency and Democratic Legitimacy, in: *Journal of Common Market Studies* 32: 3, 343-68.
- Luhmann, Niklas, 1992: Die Beobachtung der Beobachter im politischen System: Zur Theorie der öffentlichen Meinung, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), *Öffentliche Meinung. Theorien – Methoden – Befunde*. Freiburg/München, 77-86.
- Luhmann, Niklas, 1996: Die Realität der Massenmedien. Opladen.
- Luhmann, Niklas, 1999: Öffentliche Meinung und Demokratie, in: Maresch, Rudolf/Werber, Niels (Hrsg.), *Kommunikation, Medien, Macht*. Frankfurt/Main, 19-34.
- Marcinkowski, Frank, 2002: Politische Öffentlichkeit. Systemtheoretische Grundlagen und politikwissenschaftliche Konsequenzen, in: Hellmann, Kai-Uwe/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.), *Theorie der Politik. Niklas Luhmanns politische Soziologie*. Frankfurt/Main, 85-108.
- Maurer, Andreas, 2003: The Legislative Powers and Impact of the European Parliament, in: *Journal of Common Market Studies* 41: 2, 227-247.
- Meyer, Christoph O., 2002: *Europäische Öffentlichkeit als Kontrollsphäre. Die Europäische Kommission, die Medien und politische Verantwortung*. Berlin.
- Meyer, Jan-Henrik, 2004: Gibt es eine Europäische Öffentlichkeit? Neuere empirische Studien zu Demokratiedefizit, Legitimation und Kontrolle in Europa, in: *Berliner Journal für Soziologie* 14: 1, 135-143.
- Moravcsik, Andrew, 2002: In Defence of the „Democratic Deficit“, in: *Journal of Common Market Studies* 40: 4, 603-624.
- Pechstein, Matthias/Koenig, Christian 2000: *Die Europäische Union. Die Verträge von Maastricht und Amsterdam*, 2. Auflage. Tübingen.
- Peter, Jochen/Lauf, Edmund/Semetko, Holli A., 2004: Television Coverage of the 1999 European Parliamentary Elections, in: *Political Communication* 21: 4, 415-433.

- Peters, Bernhard, 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit, in: Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*; Sonderheft der KZfSS 34. Opladen, 42-76.
- Peters, Bernhard, 1999: Nationale und transnationale Öffentlichkeiten - Eine Problemskizze, in: Honegger, Claudia/Hradil, Stefan/Traxler, Franz (Hrsg.), *Grenzenlose Gesellschaft?* Opladen, 661-674.
- Peters, Bernhard, 2002: Die Leistungsfähigkeit heutiger Öffentlichkeiten – einige theoretische Kontroversen, in: Imhof, Kurt/Jarren, Otfried/Blum, Roger (Hrsg.), *Integration und Medien*. Wiesbaden, 23-35.
- Peters, Bernhard/Sifft, Stefanie/Wimmel, Andreas/Brüggemann, Michael/Kleinen-von Königslöw, Katharina, 2005: National and Transnational Public Spheres. The Case of the EU, in: Leibfried, Stephan/Zürn, Michael (Hrsg.), *Transformations of the State?* Cambridge, 139-160.
- Riemer, Andrea K., 2003: Die Türkei und die Europäische Union. Eine unendliche Geschichte?, in: *Politik und Zeitgeschichte* B 10-11/2003, 40-46.
- Schlesinger, Philip R./Kevin, Deirdre, 2000: Can the European Union Become a Sphere of Publics?, in: Eriksen, Erik Oddvar/Fossum, John Erik (Hrsg.), *Democracy in the European Union. Integration through Deliberation?* London/New York, 206-229.
- Siebenhaar, Hans-Peter, 1994: Europäisches Fernsehen. Mehrsprachiges, grenzüberschreitendes Fernsehen als Instrument des Einigungsprozesses?, in: *Rundfunk und Fernsehen* 42: 1, 49-59.
- Trenz, Hans-Jörg, 2004: Media Coverage on European Governance. Exploring the European Public Sphere in National Quality Newspapers, in: *European Journal of Communication* 19: 3, 291-319.
- Van de Steeg, Marianne, 2003: Bedingungen für die Entstehung von Öffentlichkeit in der EU, in: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Trenz, Hans-Jörg (Hrsg.), *Bürgerschaft, Öffentlichkeit und Demokratie in Europa*. Opladen, 169-190.
- Weßler, Hartmut, 1999: *Öffentlichkeit als Prozess. Deutungsstrukturen und Deutungswandel in der deutschen Drogenberichterstattung*. Opladen.
- Wimmel, Andreas, 2004: Transnationale Diskurse. Zur Analyse politischer Kommunikation in der europäischen Medienöffentlichkeit, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 11: 1, 7-25.
- Wimmel, Andreas, 2005: Transnationale Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit: Die Debatte zum EU-Beitritt der Türkei, in: *Politische Vierteljahresschrift* 46: 3, 459-483.
- Wimmel, Andreas 2006: *Die Konstitution transnationaler Diskurse in der europäischen Medienöffentlichkeit*. Campus.
- Wu, Denis H., 2000: Systemic Determinants of International News Coverage. A Comparison of 38 Countries, in: *Journal of Communication* 50: 2, 110-130.
- Zürn, Michael, 2000: Democratic Governance beyond the Nation-State. The EU and Other International Institutions, in: *European Journal of International Relations* 6: 2, 183-221.

BIOGRAPHISCHE ANMERKUNG

Andreas Wimmel ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Die Transnationalisierung von Öffentlichkeit und ihre Bedeutung für politische Ordnungen am Beispiel der EU“ des Sonderforschungsbereiches *Staatlichkeit im Wandel* der Universität Bremen tätig.

Telefon: +49 421 218-8718

Fax: +49 421 218-8721

E-Mail: wimmel@uni-bremen.de

Anschrift: Universität Bremen, Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel“, Linzer Strasse 9a, D 28359 Bremen